

## ■ Rechte Kandidatenkür in Frankreich

# Zeit der Monster

Von Hansgeorg Hermann

Wer ist François Fillon? Spätestens seit vorgestern stellt sich diese Frage. Der neue Favorit der französischen Rechten war zwar fünf Jahre lang Ministerpräsident unter dem ehemaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy. Aber hinter dem rastlosen Egomani im Pariser Élysée-Palast verschwand der wortkarge, oft finster wirkende Mann mit den buschigen Augenbrauen fast vollständig. Fillon ist einer, den die Franzosen offenbar besser kennenlernen wollen, weil sie Sarkozy und dessen Entourage aus den vergangenen zehn Jahren zur Genüge kennen. »Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster«, klagte der italienische Kommunist Antonio Gramsci 1930 in seinen sogenannten Gefängnisheften. Doch Monster brachte auch die »neue Welt« hervor.

Knapp 80 Jahre nach Gramscis Tod heißen sie heute nicht nur Donald Trump, Viktor Orbán oder Marine Le Pen. Sie sind auch nicht immer so laut und so vulgär wie Nicolas Sarkozy. In Frankreich kommen sie bei den Rechtskonservativen als fromme Katholiken daher. Als stille Typen, die nicht mit verspiegelter Sonnenbrille und Rolex-Uhr auf der Yacht eines Multimilliardärs an der Côte d'Azur kreuzen, sondern am Sonntag zur Messe gehen und den Heiligen Vater ehren.

Was die gottesfürchtige »France profonde«, jene Bevölkerung aus der Tiefe der Provinz, in ihrem nächsten Präsidenten sehen will, ist womöglich genau das: Einen strengen, akkurat gescheitelten Onkel, der leise handelt und möglichst wenig über

das spricht, was er seinen Leuten in den nächsten fünf Jahren anzutun gedenkt: die Rente kürzen, die Wochenarbeitszeit und die Mehrwertsteuer erhöhen, den Haushalt im Sinne des deutschen Pfennigfuchlers Wolfgang Schäuble zusammenstreichen und doch das Militär nicht vergessen. Eine von der Regierung organisierte Monsterschau hinlegen, die sich jene braven Bauern in der Normandie, wo Fillon seine treuesten Anhänger hat, nicht einmal in Alpträumen vorstellen könnten. So Fillon denn wirklich zunächst der Kandidat der Rechten und dann Nachfolger des Sozialdemokraten François Hollande werden sollte. Wollen wir er ja.

Die Demonstren haben seinen ersten Sieg so gedeutet, dass die vier Millionen Franzosen, die sich am Sonntag an den für alle offenen »Primaires« der politischen Rechten beteiligten, offenbar nach dem Motto votierten: »Jeden außer Sarkozy«. So einfach ist es aber nicht. Hinter dem stillen Fillon formiert sich eine ultrarechte, erkonservative, neoliberale und bigotte Bewegung, die im Land der Revolution das Licht der Aufklärung löschen will. Ihr geht es nicht nur darum, Abtreibung und »Homo-Ehe« wieder zu verbieten. Ihr Kandidat Fillon ist für sie der Garant einer »geordneten, milden, friedlichen Knechtschaft«, wie Alexis de Tocqueville einst »seine« Demokratie beschrieb. Das ist ein ziemlich frommer Wunsch. Der Kapitalismus ist weder »mild« noch »friedlich«. Und Marine Le Pen mit ihren Neofaschisten vom Front National wird am Ende vielleicht mehr als nur eine ebenbürtige Gegnerin sein.

## ■ Kernwerteprediger des Tages

# Jens Stoltenberg



oppositionelle Journalisten, Richter, Schriftsteller, Wissenschaftler usw. im Knast? Alles dient dem Kampf gegen den Terror. Der Dankbarkeit für IS-Helfer Erdogan gab NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Ausdruck. Er predigte, der Putsch in der Türkei müsse als Erinnerung dienen. »dass Demokratie und Freiheit nicht selbstverständlich sind«. Der Sozialdemokrat aus Norwegen lobte den Widerstand gegen den Staatsstreik und sprach: »Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Kernwerte der NATO«.

Der niederländische Abgeordnete Han ten Broeke meinte zwar, dass in Stoltenbergs Rede irgend etwas fehle, z. B. Hinweise auf türkische Zustände. Aber der wies ihn in die Schranken: Das Land habe das Recht, gegen Putschisten vorzugehen, und die Staatsführung versichere, das geschehe im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit. Das lehrt: Wer eine Abgeordnetensammlung der freien Welt heute nach Istanbul einberuft, für den ist die Türkei ein Kernwerteland und die NATO eine Kernwertegemeinschaft. Das ist Wertegemeinschaft eins rauf. Zumindest die zehn türkischen Abgeordneten, die im Knast sitzen, sollten sich mal langsam darüber freuen. (15)

# »Einen Betriebsrat dürfen sie nicht wählen«

Bislang galten die 25.000 DRK-Schwwestern nicht als Beschäftigte. Nun entschied ein Gericht anders. Gespräch mit Gunnar Herget

Die Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes sollen künftig als Leiharbeiterinnen angesehen werden. Das hat kürzlich der Europäische Gerichtshof entschieden, nach dem sich wohl auch das deutsche Bundesarbeitsgericht richten wird. Die Gewerkschaft ver.di begrüßt das. Helfen Sie uns, diesen Entscheid zu verstehen: Als was galten die



Gunnar Herget ist Fachanwalt für Arbeitsrecht in der Kanzlei CNH-Anwälte in Essen

rund 25.000 Schwestern bislang? Das Bundesarbeitsgericht, BAG, geht in ständiger Rechtsprechung seit 1956 davon aus, dass die DRK-Schwwestern keine Arbeitnehmer im Sinne des nationalen Rechts sind. Statt dessen sollen sie den Status von Vereinsmitgliedern haben. Das bedeutet, dass sie weder einen Betriebsrat wählen noch streiken dürfen. Auch können sie sich nicht an die deutschen Arbeitsgerichte wenden. Sämtliche Arbeitnehmerrechte finden auf sie keine Anwendung.

Die Argumentation des BAG dafür änderte sich im Laufe der Jahrzehnte etwas. Zuletzt sagte das BAG, das Deutsche Rote Kreuz gewähre den Schwestern von sich aus ausreichende Rechte. Ihnen würde beispielsweise eine Vergütung gezahlt, auch im Krankheitsfall gebe es eine Fortzahlung. Deshalb handele es sich nicht um eine Umgehung des Arbeitsrechts. Wir haben hingegen immer gesagt, dass das nicht ausreicht. Diese Rechte kann das DRK den Schwestern jederzeit wieder entziehen, einen Schutz durch eine gesetzliche Grundlage gibt es für sie nicht.

Unterscheidet sich die Arbeit der

Schwwestern, die in Kliniken und Pflegeeinrichtungen eingesetzt sind, denn von jener der regulär Beschäftigten?

Überhaupt nicht. Sie werden in die Kliniken gestellt und sind dort weisungsgebunden tätig. Gerade weil sie genauso abhängig beschäftigt sind wie jeder normale Arbeitnehmer, sind sie auch vergleichbar schutzwürdig. Deswegen muss das Arbeitsrecht hier Anwendung finden.

Hat die Einstufung als Vereinsmitglieder in der Vergangenheit Probleme verursacht?

Tarifverträge können für sie nicht ausgehandelt werden. Ihr Lohn ist vom Gutdünken des Arbeitgebers abhängig. Das gleiche gilt für alle Bereiche ihrer Arbeit. In unterschiedlichen Verfahren haben wir die Probleme aufgezeigt, die hier entstehen. In einem Fall kam etwa eine DRK-Schwester zu mir, der gekündigt worden war. Aus Sicht des DRK wurde ihre Vereinsmitgliedschaft gekündigt. Wir wollten dagegen eine Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht erheben. Doch das erklärte, es sei nicht zuständig. Vielmehr müsse sich die Kollegin an ein Schiedsgericht wenden, dass das Deutsche Rote Kreuz selbst errichtet hatte.

Weshalb sind Sie nun vor dem Europäischen Gerichtshof gelandet?

Im aktuellen Fall geht es um den Betriebsrat einer Klinik, der die Einstellung einer DRK-Schwester abgelehnt hat. Nach Auffassung des Betriebsrats wäre die Einstellung ein Verstoß gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Es handele sich bei der Kollegin um eine

Leiharbeiterin, die dauerhaft überlassen würde – was unzulässig ist. Der Europäische Gerichtshof hat das bestätigt, das letzte Wort hat nun aber das Bundesarbeitsgericht.

Was bedeutet es, wenn die DRK-Schwwestern künftig als Leiharbeiterinnen angesehen werden müssen?

Im aktuellen Fall heißt es, dass die DRK-Schwester nicht in der Klinik eingesetzt werden darf. Der Entscheid würde, so das Bundesarbeitsgericht ihn bestätigt, für sämtliche Schwestern gelten. Es würde sich in jedem Fall um unzulässige Arbeitnehmerüberlassung handeln. Damit würde das ganze Konstrukt der DRK-Schwwesternschaft – die »Vereinsmitgliedschaft« und die Gestaltung der Kolleginnen in die Einrichtungen – in sich zusammenbrechen. Aus meiner Sicht kann daraus nur eins folgen: Die Schwestern müssen reguläre Anstellungen in den jeweiligen Häusern erhalten.

Bedeutet das nicht zunächst Unsicherheit? Und müssen die Kolleginnen nun um ihre Stellen fürchten?

Nein, das heißt es nicht. Formaljuristisch müsste die unzulässige Arbeitnehmerüberlassung ab dem Moment unterbleiben, da die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts rechtskräftig ist. Deswegen bemühen wir uns, mit den Kliniken zu sprechen. Sie müssen sich nun vorbereiten. In den Häusern sind teilweise mehrere hundert, bis zu tausend Schwestern eingesetzt. Ohne sie ließen sich die Einrichtungen nicht betreiben. Die Schwestern werden also ihre Arbeit auch künftig verrichten. Aber dann nicht mehr als Vereinsmitglieder des DRK, sondern auf der Grundlage regulärer Arbeitsverträge.

Interview: Johannes Supe

## ■ Abgeschrieben

■ Fabio De Masi, Linke-Abgeordneter im Europaparlament und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (Econ), kommentierte am Montag in einer Pressemitteilung die Plenardebatten zum Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 und zur Fertigstellung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards (Basel III):

Deutsche Bank, Italiens Bankensektor und die Versicherer sind weiter ein Sicherheitsrisiko. Aber anstatt die Lücken in der Bankenregulierung zu schließen, stritten EU-Kommission und die Mehrheit des Europäischen Parlaments für eine Aufweichung der Basel-Regeln. Das billige Geld der EZB (Europäischen Zentralbank, iw) landet wegen der Kürzungspolitik und der faulen Eier in den Bilanzen der Banken nicht in der realen Wirtschaft.

Die EZB verfehlt seit Jahren ihr Inflationsziel. Wenn die US-Fed die Zinsen anhebt, wird es in der Euro-Zone krachen. Daher muss die EZB angesichts des dummen Stabilitätspaktes endlich öffentliche Investitionen unterstützen – etwa über die Europäische Investitionsbank –, und die deutsche

Regierung muss endlich unter Druck gesetzt werden, mehr zu investieren.

Die Haftung von Eigentümern und Gläubigern von Banken ist nur glaubwürdig, wenn Megabanken zerschlagen und das Investmentbanking vom seriösen Kredit- und Einlagengeschäft getrennt wird. Der europäische Bankensektor muss unter öffentlicher Regierung saniert und restrukturiert werden.

■ In Dresden hat sich am Montag ein neues Bündnis namens »Dresden. Respekt« vorgestellt. Darin wollen Vertreter aus Verbänden, Wirtschaft und Parteien von der Linkspartei bis zur CDU gemeinsam »für die demokratischen Werte unserer Gesellschaft eintreten«. Rico Gebhardt, Landes- und Fraktionsvorsitzender der sächsischen Linken und Mitunterzeichner des Aufrufs, erklärte dazu:

Niemand kann glauben, dass all diejenigen, die diesen Aufruf unterschrieben haben und sich unter dem gemeinsamen Label »Dresden. Respekt« zusammenfinden, plötzlich ziemlich beste Freunde wären. Nein, wir sind uns unserer Unterschiedlichkeit und unserer Differenzen durchaus bewusst.

Die lassen sich auch nicht vom Tisch wischen. Doch als Demokratinnen und Demokraten haben wir gerade in diesen Zeiten eine gemeinsame Aufgabe: Nämlich die Verteidigung unserer demokratischen Errungenschaften und des Fair plays in der politischen Auseinandersetzung.

Wer darauf setzt, die demokratische Kultur zu vergiften, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben, Hass und Ausgrenzung gegenüber anderen Menschen oder gegenüber einzelnen Religionen zu schüren, der kann nicht Teil dieses Bündnisses sein, denen stellen wir uns gemeinsam entschlossen entgegen. Jeder von dort, wo er steht. Jeder mit den Mitteln, die er hat.

(...) Die Selbstgefälligkeit von Teilen der Dresdner Stadtgesellschaft sollte durch diesen gemeinsamen Aufruf beendet werden. Dresden könnte damit ein Zeichen für weitere Städte und auch für ganz Sachsen setzen. (...) Ich bin dankbar für diese Initiative und den Mut, welche so unterschiedliche Akteure gemeinsam an einen Tisch geholt haben. Und dankbar auch den Initiativen, die bisher in der Stadt sehr aktiv waren: »Dresden für alle«, »Dresden nazifrei«, »Nopegida«, »Please to be«, »Herz statt Hetze«.